

Um nicht in den Verdacht zu geraten, sich in Fundamentalopposition zum offiziellen Kurs der Reichsregierung zu begeben, mußte der „Saar-Freund“ im unmittelbaren Vorfeld des Beitritts (September 1926) seine bisherige Position revidieren: Deutschland solle die Entscheidung unabhängig vom Saargebiet treffen und sich im Interesse des Gesamtstaates auf keine Konzessionen zugunsten des Mandatsgebietes einlassen. Dabei empfahl der „Saar-Freund“ den deutschen Verhandlungsführern, aus dem Beitritt das größtmögliche Kapital zu schlagen, da die Entente ihn mindestens ebenso wünsche<sup>370</sup>. Von dem ständigen Sitz im Völkerbundsrat versprach sich die Redaktion eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Institutionen des Völkerbundes auf der einen und den politischen Vertretern der Saarbevölkerung auf der anderen Seite. Insgesamt äußerte sie sich positiv und hoffte auf Verbesserungen durch den Beitritt Deutschlands<sup>371</sup>.

Schon binnen weniger Monate entpuppten sich derartige Erwartungen nach Ansicht des „Saar-Freund“ als Illusion. Während die weitreichende Bedeutung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund geflissentlich übergegangen wurde, attestierte das Blatt der Arbeit der Staatengemeinschaft eine negative Bilanz. Auch in den kommenden Jahren riß diese Kritik nicht ab, wenngleich sie nicht mehr so leidenschaftlich wie in den vorangegangenen Jahren geäußert wurde<sup>372</sup>. Der Austritt Hitlerdeutschlands im Jahr 1933 galt den „Saar-Freunden“ nach einer jahrelangen und durch Enttäuschungen geprägten Mitgliedschaft daher als adäquate Maßnahme<sup>373</sup>.

### 3.3.2 *Bekämpfung der französischen Propaganda an der Saar*

Unmittelbar nach dem Einmarsch der französischen Besatzungstruppen in den linksrheinischen Gebieten startete im Winter 1918/19 die erste französische Propagandaoffensive mit dem Ziel, für die bevorstehende Friedenskonferenz Fakten zu schaffen. Frankreichs Ambitionen, das Saarbecken zu annektieren, scheiterten zwar in Versailles am Widerstand der anderen Delegationen, doch hatte das Saarstatut dem französischen Staat eine Fülle von Vorrechten eingeräumt, die er in den folgenden Jahren gezielt dazu einsetzte, die in Aussicht gestellte Abstimmung für sich zu entscheiden. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ setzte ihrerseits alles daran, den einstigen Kriegsgegner seiner Chancen zu berauben, dauerhaft an der Saar Fuß zu fassen und die von den Franzosen anvisierte Konsolidierung der Verhältnisse zu

---

6 (1925) 11, S. 167 f.; SF 6 (1925) 14, S. 217; SF 7 (1926) 5, S. 72 f.; SF 6 (1925) 12/13, S. 180. Vermeintliche Verfehlungen des Völkerbundes wie sein Verhalten im „Danziger Briefkastenstreit“ wurden immer wieder aufgegriffen, selbst wenn sie mit dem Saargebiet nichts zu tun hatten: Vgl. SF 6 (1925) 20, S. 331 f.

<sup>370</sup> Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 231; SF 6 (1925) 19, S. 314.

<sup>371</sup> Vgl. SF 7 (1926) 4, S. 53 f.; SF 7 (1926) 18, S. 333 f.

<sup>372</sup> Vgl. SF 8 (1927) 13, S. 201–204; SF 8 (1927) 20, S. 377 f.; SF 9 (1928) 10, S. 149 f.; SF 11 (1930) 23, S. 417 f.; SF 12 (1931) 8, S. 117 f.; SF 12 (1931) 18, S. 305 ff.; SF 12 (1931) 13/14, S. 206–209. Zur polemischen Zurückweisung des Vorschlages, den Sitz des Völkerbundes nach Saarbrücken zu verlegen: Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 424; SF 11 (1930) 24, S. 440 f.; SF 12 (1931) 2, S. 21 ff.

<sup>373</sup> Vgl. SF 14 (1933) 21, S. 397 f.; SF 14 (1933) 22, S. 413 f.